

„Mit dem Hamburger Staatsvertrag schreiben wir Geschichte“

Die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. (AABF) begrüßt die bevorstehende Unterzeichnung des Staatsvertrages mit der Freien Hansestadt Hamburg. „Mit diesem Staatsvertrag schreiben wir Geschichte“, betont der Bundesvorsitzende Hüseyin Mat, „zumal eine solche Anerkennung durch den Staat den Aleviten bisher in ihrem Herkunftsland, der Türkei, verwehrt wird.“

Der Staatsvertragstext, der am Ende von konstruktiven Verhandlungen mit der Hamburger Senatskanzlei entstanden ist, wird den Bedürfnissen der in Hamburg lebenden Aleviten gerecht. Sowohl der Alevitische Religionsunterricht als auch Alevitische Festtage sind Bestandteil des Staatsvertragstextes.

„Aus alevitischer Sicht verdeutlicht der Staatsvertrag, dass die gut integrierten Aleviten zu Hamburg gehören. Wir hoffen, dass dieser Vertrag auch für andere Bundesländer, insbesondere die Flächenbundesländer, als Initialzündung angesehen wird“ unterstreicht Bundesvorsitzender Hüseyin Mat.

Hamburg hat für die in Deutschland lebenden Aleviten eine ganz besondere, in vielfacher Hinsicht historische Bedeutung:

Das Ende von Takiya – das Verbergen der eigenen Zugehörigkeit aus Gründen einer langen historischen Erfahrung der Diskriminierung und Verfolgung – wurde mit der Alevitischen Kulturwoche eingeläutet, die 1989 in Hamburg stattfand. Die meisten alevitischen Gemeinden und Kulturzentren entstanden nach dieser Renaissance des alevitischen Glaubens und der alevitischen Lehre in Deutschland.

„Turgut Öker, der ehemalige Bundes- und nun Ehrenvorsitzende der Alevitischen Gemeinde Deutschland und unser Bildungsbeauftragter Ismail Kaplan sind ehemaliger Bürger der Hansestadt, die aus Hamburg aus die Selbstorganisation von Alevitinnen und Aleviten in Deutschland entscheidend und nachhaltig vorangetrieben haben. Ihrem unermüdlichen Einsatz und Engagement ist es geschuldet, dass die Revitalisierung des Alevitentums in Deutschland und in der Türkei sowie die Einführung des alevitischen Religionsunterrichts in mittlerweile 8 Bundesländern zu den wichtigsten Errungenschaften der Alevitischen Gemeinde Deutschland gehören“ hebt Hüseyin Mat hervor.

Die Etablierung der alevitischen Glaubenslehre in Lehre und Forschung an deutschen Universitäten sowie die Anerkennung der AABF als Körperschaft des öffentlichen Rechts sind die bedeutendsten Ziele auf der politischen Agenda des Verbandes.

Dem erst genannten Ziel – der Institutionalisierung des Alevitentums in Lehre und Forschung – haben Aleviten wieder einmal in Hamburg erlangt.

An dieser Stelle gilt der Dank der Alevitischen Gemeinde Deutschland ausdrücklich Herrn Prof. Dr. Weiße und Herrn Tatar, deren beispielloses Engagement letztlich zu der im Bundesgebiet erstmaligen Gastprofessur zum Alevitentum, besetzt mit Dr. Handan Aksünger, an der Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg geführt hat.

Nun ist die Freie Hansestadt Hamburg das erste Bundesland, das mit der Alevitischen Gemeinde Deutschland einen Staatsvertrag abschließt.

„Wir danken der Hansestadt Hamburg für die bislang konstruktive Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft, was den Staatsvertrag zur Anerkennung des Alevitentums als Religionsgemeinschaft anbelangt. Auch dieser Vorstoß ist nicht nur bundesweit, sondern in der alevitischen Geschichte einmalig und bereits jetzt historisch

bedeutend. Nun gilt es, dem Vertrag in der Bürgerschaft zuzustimmen, damit er endlich in Kraft treten kann“ so Hüseyin Mat weiter.

Quelle: <http://alevi.com/de/%e2%80%9emit-dem-hamburger-staatsvertrag-schreiben-wir-geschichte/>

Presseerklärung der Alevitischen Gemeinde zu Berlin e.V.

Am 10. August 2012 eskalierte ein einfacher Nachbarschaftsstreit in Berlin Tempelhof zu einem „**Glaubensfeldzug**“ gegen eine alevitischen Familie.

Nach einem ungelösten Streit rief die eine Konfliktpartei Familienangehörige und Freunde an, die sich daraufhin in kurzer Zeit vor dem Wohnhaus der alevitischen Familie versammelten. Anschließend fing die Gruppe von 20 bis 25 Männern an, die alevitische Familie, die im Erdgeschoss wohnt, mit hasserfüllten Parolen in türkischer Sprache zu beschimpfen und zu bedrohen:

„Wir werden die Aleviten wie in Sivas verbrennen! Aleviten werden in der Hölle landen!

Tod den Aleviten!“

Solche und ähnliche Formulierungen und Morddrohungen gehören leider zum Alltag der Alevitischen Gemeinde in der Türkei. In regelmäßigen Abständen und zu immer wiederkehrenden Zeiten werden Aleviten aufgrund ihrer Glaubensinhalte als Ketzer und Häretiker verunglimpft, verfolgt und wie 1993 in Sivas geschehen, lebendig verbrannt.

Insbesondere in der islamischen Fastenzeit finden Angriffe auf Aleviten statt. Noch vor ca. drei Wochen eskalierte in Malatya/Sürgü ein Streit, der sich daran entzündete, dass eine alevitische Familie in dieser Zeit nicht fastete und von den Sunniten in Ruhe gelassen werden wollte und endete in einem „**Glaubenskrieg gegen die gottlosen Aleviten**“.

200 bis 250 Männer umzingelten das Haus der wehrlosen Familie und versuchten sie vor den Augen der Öffentlichkeit zu töten.

Neu für uns Aleviten ist jedoch, dass ein Angriff in Berlin Tempelhof, mitten in Deutschland, mit ähnlichem Motiv stattfand.

Heute sind wir gezwungen, uns mit dem Verhältnis von Politik und Religion auseinanderzusetzen. Wir müssen uns ernsthafte Gedanken über die Grenzen der Religionsfreiheit zu machen. Die Freiheit der Religionsausübung gehört zu den Grund- und Menschenrechten und ist in allen Verfassungen und in den Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen niedergelegt. Die Religionsfreiheit findet aber ihre Grenzen dort, wo die Rechte von Individuen verletzt werden.

Alevitische Gemeinde zu Berlin e.V.

Quelle: <http://www.alevi.org/basinaciklamalari/basinaciklamasi/1864-berlinaleviler20120816.html>

Mob vor der Tür

Eine alevitische Familie wird von sunnitischen Muslimen in Tempelhof bedroht.
von Ebru Tasdemir

„Ich habe einfach nur Angst um meine Familie“, sagt der schmale junge Mann auf dem Podium. Dann erzählt er, dass die Familie seit dem Vorfall vor einer Woche in einem Schockzustand lebe. Eine ältere Frau neben ihm wischt sich die Tränen aus den Augen. Das, was die beiden erfahren mussten, kennen die 200 Gäste im Cemevi, dem Gemeindehaus der Alevitischen Gemeinde zu Berlin in Kreuzberg, nur aus den türkischsprachigen Medien.

Die Erzählungen der beiden Berliner Aleviten erinnern an Bilder aus Malatya im Osten der Türkei. Vor fast drei Wochen skandierte dort ein Mob vor dem Haus einer alevitischen Familie mehrere Stunden lang Parolen wie „Tod den Aleviten“. Besonders im Ramadan fallen Aleviten in muslimischen Kreisen auf, da sie nicht fasten und in Moscheen beten wie die Mehrheit der sunnitischen Muslime. „Ich hätte nie gedacht, dass so etwas mitten in Berlin passieren kann“, erzählt der junge Mann weiter.

Am Abend des 10. August sei ein privater Streit zwischen einer sunnitischen religiösen Familie und der alevitischen Familie in Tempelhof eskaliert. Die anfangs privaten Vorhaltungen gingen nach und nach in einen Angriff auf den liberaleren, alevitischen Glauben der Familie über. Plötzlich sei eine Gruppe von 25 bis 30 jungen Männern vor der Parterrewohnung der Familie aufgetaucht und habe die Familie bedroht. Einige der Männer sind offenbar nach dem Fastenbrechen aus einer Moschee in die Straße der Familie gerufen worden. Bis Mitternacht habe sich die wütende Gruppe nicht vertreiben lassen. Mehrmals hätten Anwohner die Polizei gerufen.

Erst Anfang dieser Woche hatte der Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde, Ahmet Taner, von dem Angriff erfahren. „Wir haben drei Tage lang überlegt, ob wir damit an die Öffentlichkeit gehen sollen“, erzählt er. Beleidigungen und Unterstellungen würde jeder im Raum kennen, berichtet Taner. Diese abweisende Haltung den Aleviten gegenüber habe in der Türkei eine jahrhundertalte Geschichte. Die öffentliche Debatte am Donnerstagabend solle deshalb als Zeichen gegen Diskriminierung gewertet werden, so Taner.

Später betonten Integrationsministerin Dilek Kolat (SPD) sowie der Abgeordnete Hakan Tas (Linke) die Vielfältigkeit Berlins. Zum Abschluss zitiert Kolat sogar Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“ Tas kündigt an, den Vorfall im Innenausschuss zur Sprache zu bringen.

Quelle: <http://www.taz.de/Angriff-auf-liberale-Muslime/!99887/>

Berlin - "Wir fackeln euch ab"

Wer meint, die Integration unserer *"türkischen und muslimischen Mitbürger"* und das friedliche Zusammenleben in Deutschland sei mittels Döner essen, Tee trinken und Dialog machen zu erreichen, ist entweder naiv oder ignorant oder saudumm oder alles zusammen.

Daß diese *"Mitbürger"* ihre ureigenen völkischen Vorstellungen, Ideologien und Feindbilder nach Deutschland transportiert haben und an die nächsten Generationen der Türken in Deutschland weitergeben, kommt diesen *"Döner mit türkischem Tee fressenden Dialog-Deutschen"* gar nicht in den Sinn. Sie verfolgen Christen,

verbrennen Aleviten, verunglimpfen nicht-Moslems als "Gavur" ("Ungläubige") und warten nur darauf, das zu wiederholen, was sie bereits in der Türkei getan haben: Einen Genozid an den Armeniern, Pogrome an Aleviten, Verfolgung der Christen und Verbrechen an den Kurden. Die Liste lässt sich endlos fortsetzen. Vergangene Woche versammelte sich der Mob vor dem Wohnhaus einer alevitischen Familie in Berlin und skandierte "Tod den Aleviten" und drohte damit sie zu "verbrennen" wie einst in Sivas/Türkei 1993.

Die Relativierer, Ignoranten und Opportunisten, kurzum das Pack, das sich mit ihren "türkischen Mitbürgern" beim Döner essen solidarisiert, dürfte jetzt darin einen weiteren Grund sehen, noch mehr "Döner-Tee-Dialog"-Abende zu veranstalten.

<http://www.der-kosmopolit.de/2012/08/berlin-wir-fackeln-euch-ab.html>

Vertrag Hamburg geht auf Muslime und Aleviten zu

Hamburg will als erstes Bundesland einen staatlichen Vertrag mit Muslimen und Aleviten schließen. Er solle den islamischen und alevitischen Gemeinden ihre Rechte und Pflichten bestätigen und ihnen einen Platz in der Mitte der Gesellschaft einräumen.

CDU und FDP kritisieren Hamburgs Islam-Vertrag

Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen sei "ein Signal der Bereitschaft zu einem kooperativen Miteinander", sagte Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) bei der Vorstellung des Vertragswerkes am Dienstag. Die beiden großen Kirchen begrüßten die Vereinbarung. Neben Aussagen zu Wertgrundlagen enthält der Vertrag Regelungen zum Religionsunterricht, der Anerkennung von drei islamischen Feiertagen, dem Bau von Moscheen, die Trägerschaft von Kindertagesstätten sowie der religiösen Betreuung in Heimen, Krankenhäusern und Vollzugsanstalten. Vertragspartner des Senats sind der Rat der islamischen Gemeinschaften (Schura), die Türkisch-Islamische Union (DITIB) und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Die drei Islamverbände vertreten nach eigenen Angaben über 90 Prozent der rund 130 000 Hamburger Muslime. Vierter Partner ist die alevitische Gemeinschaft mit rund 50 000 Mitgliedern. Noch im Herbst soll der Vertrag in der Bürgerschaft beraten und beschlossen werden. Hamburg sei geprägt durch seine christliche Tradition und Kultur und habe gerade deshalb gelernt, eine weltoffene und tolerante Stadt zu sein, erklärten die evangelische Bischöfin Kirsten Fehrs und der katholische Weihbischof Hans-Jochen Jaschke. Nach den guten Erfahrungen des langjährigen interreligiösen Dialoges äußerten sie sich zuversichtlich, dass die Vereinbarungen mit Leben erfüllt werden.

Auch muslimische Lehrer im Religionsunterricht sind möglich

Die Regelung über den Religionsunterricht ist laut Scholz in enger Abstimmung mit der evangelischen Nordkirche erfolgt. Der an staatlichen Schulen erteilte "Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung" (Hamburger Modell) sei ein gepflegtes Kleinod, sagte Scholz. Er soll mit dem Ziel einer gleichberechtigten Beteiligung der islamischen und alevitischen Religionsgemeinschaften weiterentwickelt werden. So könnten etwa muslimische und alevitische Lehrer eingesetzt werden. Dafür wurde eine fünfjährige Entwicklungsphase vereinbart. Bischöfin Fehrs sieht in dem Modell eine Anregung für andere Bundesländer. Die Nordkirche habe dankbar zur Kenntnis genommen, dass die islamischen Verbände an einer Weiterentwicklung des Religionsunterrichts für alle interessiert sind. Die

Katholiken in Hamburg wollen dagegen an ihrem Modell des katholischen Religionsunterrichts festhalten.

Die Anerkennung der drei Feiertage bedeutet, dass Arbeitnehmer künftig das Recht haben, am Fastenbrechen oder am Opferfest Urlaub zu nehmen. Schüler dürfen dem Unterricht fernbleiben. Die muslimischen Feiertage werden damit dem Reformationstag, Fronleichnam oder dem Bußtag gleichgestellt. Der Vertrag verleiht islamischen Religionsgemeinschaften nicht den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts. Daher gibt es keine Regelungen über Kirchen- oder Kultussteuern oder eine finanzielle Förderung. Der Staatsrechtler Gerhard Robbers wertete den Vertrag als konsequenten Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung der muslimischen Gemeinschaft mit christlichen Kirchen und der jüdischen Gemeinschaft.

Quelle: <http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/hamburg-geht-auf-muslime-und-aleviten-zu--63135178.html>

Die Bürgerschaft debattiert über die Vereinbarung mit Muslimen und Aleviten: Im Fokus der Debatte stehen das Tragen von Kopftüchern sowie die grundsätzliche Notwendigkeit eines Vertrages.

Von Olaf Dittmann

In einer sachlich geführten Debatte über die geplanten Staatsverträge mit Muslimen und Aleviten äußerten die Bürgerschaftsabgeordneten mehrheitlich Zustimmung. SPD, GAL und Linke lobten die am Dienstag vorgestellten Ergebnisse. Die CDU kritisierte Teile; die FDP lehnte die Verträge grundsätzlich ab.

In den kommenden Wochen werden die Vereinbarungen in den Ausschüssen besprochen. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) kündigte eine umfassende Information der Parlamentarier an und warb ausdrücklich um eine breite Zustimmung.

Scholz erwartet "ruhige, hanseatische Debatte"

Er erwarte eine "sehr sorgfältige, sehr ruhige, sehr hanseatische Debatte", so Scholz. "Die Verträge sind eine Selbstverständlichkeit. Aber wir betreten Neuland, deshalb ist es völlig in Ordnung, dass die Gespräche lange gedauert haben." Das Besondere sei beispielsweise, dass sich die Vertragspartner zum gemeinsamen Religionsunterricht bekennen.

CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich begrüßte die Vereinbarung; sie werfe aber Fragen auf: zum Beispiel, ob sich "etwas an der Rechtslage zum Tragen des Kopftuches bei Lehrerinnen im Unterricht oder Polizistinnen, Staatsanwältinnen und anderen Trägern hoheitlicher Gewalt ändert".

Wer sich betonte, die Haltung der CDU sei in dieser Frage klar: "Wir lehnen das Tragen derartiger religiöser Symbole bei diesen Berufsgruppen ab, weil wir die staatliche Neutralität für unverzichtbar halten." Außerdem müssten sich die Christdemokraten noch mit Detailbestimmungen auseinandersetzen, so Wersich, etwa denen zur Durchführung des Religionsunterrichts, den Erklärungen zum Bau von Moscheen und den Passagen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

CDU und FDP gegen, GAL für geplanten Staatsvertrag

Christa Goetsch (GAL) verteidigte die Vereinbarungen und richtete das Wort an die CDU: "Sie sollten nicht hasenfüßig sein und plötzlich zum Bedenkenträger wegen des Kopftuches werden. Wir sollten im demokratischen und republikanischen Sinne die Religionsfreiheit hoch schätzen und die damit verbundene Kleiderfreiheit auch." Alle

seien gefordert, die Einwanderungsgesellschaft zu gestalten. "Wir sind gefordert, verschiedene Religionen nicht als Risiko, sondern als Chance zu begreifen." Die Liberalen in der Bürgerschaft stellten sich gegen den geplanten Staatsvertrag – während der Bundestagsabgeordnete Burkhardt Müller-Sönksen jüngst noch seine Zustimmung signalisiert hatte. Der FDP-Abgeordnete Carl Jarchow sagte nun: "Es ist aus Sicht der FDP-Fraktion Zeit, den etwas pathetischen Tonfall aus der Diskussion um diesen Staatsvertrag zu nehmen."

Seiner Ansicht nach war und ist der Prozess von Miteinander und Integration in der Stadt ohnehin auf einem guten Wege. "Wir Liberale sehen Staatsverträge mit allen Konfessionen oder Religionsgemeinschaften kritisch. Wir tun das auf der Grundlage eines freiheitlichen Weltbildes, das die weitest mögliche Trennung zwischen Religionen beziehungsweise Kirchen und Staat befürwortet."

"Keine Religion privilegieren"

Jarchow wies darauf hin, dass die Verträge unkündbar seien. Weitere Entwicklungen seien nicht vorgesehen. Außerdem seien die Volksvertreter nur unzureichend in die Verhandlungen eingebunden gewesen. Jarchow sorgte für Lachen, da er mehrfach "SPD" statt "FDP" sagte.

Die Linken lobten den Staatsvertrag. Die Abgeordnete Christiane Schneider sagte, zur Trennung von Kirche und Staat und der damit verbundenen staatlichen Neutralität gehöre nicht nur die Achtung der positiven wie der negativen Religionsfreiheit. "Dazu gehört auch, keine Religion zu privilegieren. Oder mit anderen Worten: Dazu gehört die staatliche Gleichbehandlung der Religionen und Weltanschauungen, soweit sie in ihrer sozialen Bedeutung und öffentlichen Wirksamkeit vergleichbar sind." Schneider wies auf ein Problem hin: "Einige der Moscheen, die einem der Vertragspartner auf muslimischer Seite angehören, werden durch den Verfassungsschutz beobachtet." Dies müsse aufhören.

Als erstes Bundesland will Hamburg einen Staatsvertrag mit Muslimen und Aleviten schließen. Der Vertrag regelt den Religionsunterricht, die Anerkennung von drei islamischen Feiertagen, den Bau von Moscheen und die Trägerschaft von Kindertagesstätten. "Mit den in dieser Woche vorgelegten Verträgen mit den islamischen Religionsgemeinschaften setzt Hamburg bundesweit ein ganz starkes integrationspolitisches Signal", so Barbara Duden (SPD).

Quelle: <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article108668573/CDU-und-FDP-kritisieren-Hamburgs-Islam-Vertrag.html>

Staatsvertrag mit Muslimen Religionspolitischer Weitblick in Hamburg

Als erstes deutsches Bundesland hat Hamburg einen Staatsvertrag mit muslimischen Verbänden abgeschlossen. Die bürgerliche Opposition zeigt sich skeptisch.
Ulrich Schmid, Berlin

Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz hat dieser Tage ein Abkommen vorgestellt, das für ganz Deutschland wegweisend werden könnte. Stimmt die Bürgerschaft der Übereinkunft zu, woran nicht zu zweifeln ist, wird Hamburg das erste deutsche Bundesland sein, das einen Vertrag mit muslimischen Verbänden und der alevitischen Gemeinde abgeschlossen hat. In Hamburg leben rund 180 000 Muslime, unter ihnen 50 000 Aleviten, Angehörige einer schiitischen Konfession.

Gegenseitiger Respekt

Der Vertrag, ausgehandelt zwischen dem Land Hamburg, der Schura (dem Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg) sowie den Aleviten, regelt Themen wie die Gleichstellung von Mann und Frau, islamische Feiertage sowie Bestattungsrituale. Die islamischen Feiertage werden den christlichen gleichgestellt, muslimische Kinder dürfen künftig an bis zu drei Tagen pro Jahr in der Schule fehlen. Festgeschrieben sind aber auch die säkularen Prinzipien des deutschen Grundgesetzes wie die religiöse Neutralität des Staates, das Gebot der Religionstoleranz oder das Diskriminierungsverbot.

Warum einen Vertrag abschliessen, der lediglich Verfassungsgrundsätze wiederholt und bewährte Praktiken fixiert? Diesen Einwand machen die Hamburger Liberalen, welche

Scholz und seinen Sozialdemokraten vorwerfen, das gute Zusammenleben von Muslimen, Christen und Konfessionslosen sei in der «liberalen Metropole Hamburg» ja seit Jahrzehnten etabliert und brauche keinen Staatsvertrag. Der Einwand ist theoretisch richtig und den in Hamburg regierenden Sozialdemokraten bewusst, was unter anderem im Bekenntnis Scholz' anklingt, bei dem Vertrag handle es sich im Grunde um eine Selbstverständlichkeit. Doch die hartnäckige Wiederholung von vermeintlich Selbstverständlichem kann auch ihr Gutes haben, wie das Beispiel des Religionsunterrichts zeigt, der in Hamburg gemischt konfessionell geführt werden soll. Bisher war die Ausgestaltung des Religionsunterrichts rechtlich das alleinige Prärogativ der evangelischen Kirche. Dieses Vorrecht entfällt nun.

Rechte und Pflichten

Laut Staatsvertrag werden künftig Vertreter der 43 Vereine, die die Schura vertritt, den Unterricht mitgestalten. Damit wird laut dem Vorsitzenden der Schura, Mustafa Yoldas, sichergestellt, dass die Schüler auch mit den Lebensrealitäten von Andersgläubigen und Atheisten konfrontiert werden. Wie der Religionsunterricht in der Praxis aussehen soll, ist noch offen, gedacht wird an eine Lösung, bei der sich jeweils ein christlicher und ein muslimischer Religionslehrer abwechseln. Das Risiko, gegen die Verfassung zu verstossen, nimmt man dabei in Kauf. Das Grundgesetz verlangt einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht.

Dass es in Hamburg um einen intensiven Austausch von Rechten und Pflichten geht, zeigt auch der Passus, in dem sich die Muslime zur «umfassenden Teilnahme am Unterricht» verpflichten. Nach offiziellen Angaben schliesst dies auch den unter Muslimen stark umstrittenen Schwimmunterricht für Mädchen ein. Es könnte muslimischen Eltern künftig also schwererfallen als bisher, zu begründen, weshalb ihre Tochter am Schwimmunterricht nicht teilnehmen kann – und natürlich wird man schon bald wissen, wie die Stadt auf der Basis des neuen Vertrags mit Wünschen nach Ausnahmeregelungen umgeht.

Es ist eine leidlich breite politische Front, die den Staatsvertrag mitträgt. Nebst der SPD begrüssen auch die Grünen und die Linken die Übereinkunft. Die Grünen, die in der Hansestadt bis zur Wahl im letzten Jahr noch zusammen mit der CDU regiert hatten, sprachen sogar von einer Vorreiterrolle, die Hamburg damit einnehme. Von einem Zeichen gegen Diskriminierung und Feindschaft war bei der Linkspartei die Rede.

Kein Kopftuchverbot

Auch die oppositionellen Christlichdemokraten sehen die Vorteile des Vertrags durchaus und begrüssen ihn grundsätzlich – nicht erstaunlich, wenn man bedenkt, dass es der frühere christlichdemokratische Bürgermeister Beust war, der die

Initiative 2006 gestartet hatte. Allerdings kritisiert die CDU, dass für Lehrerinnen, Staatsanwältinnen und Polizistinnen kein Kopftuchverbot festgeschrieben wurde. Scholz will diese Frage indessen bewusst offenlassen. Eine gesetzliche Regelung bringe nichts.

Quelle: <http://www.nzz.ch/aktuell/international/religionspolitischer-weitblick-in-hamburg-1.17493652>

Hamburg: Kritik an geplantem Staatsvertrag mit Muslimen

Bekennende Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands: Gemeinsamer Religionsunterricht von protestantischen, muslimischen und alevitischen Kindern ist nicht der richtige Weg.

Hamburg (kath.net/idea) Auf Kritik theologisch konservativer Protestanten ist der geplante Staatsvertrag des Hamburger Senats mit den drei größten muslimischen Verbänden sowie der alevitischen Gemeinde der Freien und Hansestadt gestoßen. Der Vertragsentwurf, der am 14. August vorgestellt wurde, regelt unter anderem einen gemeinsamen Religionsunterricht von evangelischen, muslimischen und alevitischen Kindern sowie die Gleichstellung islamischer Feiertage mit den christlichen. So brauchen muslimische Schüler an bis zu drei Tagen – beispielsweise am Ramadan- oder Opferfest – nicht in die Schule zu kommen. Arbeitnehmer dürfen sich an diesen Tagen freinehmen; die Zeit müssen sie allerdings nacharbeiten. Eine ähnliche Regelung gibt es bereits für nicht-gesetzliche kirchliche Feiertage, wie etwa den Buß- und Betttag.

Wie der Vorsitzende der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands, Pastor Ulrich Rüß (Hamburg), auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, sei es zwar wünschenswert, dass sich 130.000 Muslime und Aleviten als Bürger in Hamburg mit gleichen Rechten und Pflichten in Bindung an die Verfassung verstehen können. Schließlich habe der Staat ein Interesse daran, einen verfassungskonformen, liberalen Islam zu fördern, um so eine Abgrenzung zum weltweiten Islamismus und politisierenden Islam deutlich zu machen. Allerdings sei ein gemeinsamer Religionsunterricht von evangelischen und muslimischen wie alevitischen Kindern dafür nicht der richtige Weg. Kritik übte Rüß vor allem daran, dass der „Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung“ – so der offizielle Name des Hamburger Modells – künftig gemeinsam mit muslimischen und alevitischen staatlich examinieren Lehrern durchgeführt werden soll.

Rüß: Stellungnahme der Nordkirche „völlig unverständlich“

Denn schon jetzt sei die Lage des Religionsunterrichts desolat: „Gegenwärtig wird der evangelische Religionsunterricht in Hamburg faktisch weitgehend nicht erteilt, obwohl er nach dem Gesetz verpflichtend und ordentliches Lehrfach ist“, so Rüß. Die christlichen Glaubensgrundlagen würden nur unzureichend vermittelt. Dabei sei ihre Kenntnis gerade in Zeiten des interreligiösen Dialogs von zunehmender Bedeutung. Rüß ist auch Vorsitzender der Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland. Er bezeichnete es als „völlig unverständlich“, dass die Nordkirche den geplanten Staatsvertrag begrüßt. Dies sei „das Gegenteil von souveränem Auftreten“. Die notwendige Förderung des interreligiösen Dialogs und das gute Einvernehmen mit Muslimen dürfe nicht zur Relativierung des christlichen Glaubens und der Preisgabe des christlichen Religionsunterrichtes führen. Rüß: „Im Gegenteil: Ein möglicher islamischer Religionsunterricht bedarf eines vertieften, in die Glaubensgrundlagen einführenden

christlichen Religionsunterrichtes.“ Hier sollte die Nordkirche genauso handeln wie die katholische Kirche, die an ihrem Religionsunterricht festhält, so der Theologe.

Bedrängten Christen in islamischen Ländern beistehen

Rüß erwartet zudem, dass Muslime und Christen in diesem Zusammenhang gleichermaßen auf jene vom Islam geprägten Länder hinwiesen, in denen Christen benachteiligt und verfolgt würden: „Wenn hier islamische Feiertage anerkannt und Moscheen gebaut werden dürfen, ist der Verweis auf jene islamischen Länder geboten, wo weder christliche Theologen ausgebildet noch christliche Gotteshäuser errichtet werden dürfen. Dies sind wir den verfolgten Christen schuldig.“

Evangelische Allianz: Wie profiliert darf unterrichtet werden?

Auch die Evangelische Allianz Hamburg zeigte sich hinsichtlich des geplanten Staatsvertrages skeptisch. Wie ihr Sprecher Detlef Pieper gegenüber idea sagte, trete die dortige Allianz mit der Initiative „Gemeinsam für Hamburg“ grundsätzlich für den hohen Wert der Religionsfreiheit ein. Dazu gehöre selbstverständlich der Bau von Gemeindehäusern sowie das Recht auf religiöse Feiertage und Religionsunterricht.

Spannend werde es allerdings bei der Umsetzung des geplanten gemeinsamen Religionsunterrichts von evangelischen und muslimischen Kindern. Pieper: „Wie profiliert darf unterrichtet werden? Was geschieht, wenn christlich geprägte Kinder sich dem Islam öffnen und wenn muslimische Kinder sich christlich taufen lassen möchten?“ Gerade hier werde sich zeigen, ob die geschlossenen Verträge sowohl Rechte als auch Pflichten der einzelnen Religionsgemeinschaften fördern und einfordern. Das Recht des Einzelnen, seine Religion frei zu wählen oder zu konvertieren, sei Bestandteil von Artikel 4 des Grundgesetzes und ein elementarer Wert des christlichen Glaubens. „Daran wird sich das gute Miteinander in unserer multireligiösen Stadt messen lassen müssen“, so Pieper.

Kritik von CDU und FDP

Verhandlungspartner des Senats waren die drei größten muslimischen Vereine: Schura (Rat der islamischen Gemeinschaften), Türkisch-Islamische Union (DITIB) und Verband der Islamischen Kulturzentren. Vierter Partner ist die alevitische Gemeinschaft mit rund 30.000 Mitgliedern. Noch in diesem Herbst soll der Vertrag in der Bürgerschaft beraten und beschlossen werden. In CDU und FDP stoßen die ausgehandelten Verträge allerdings auf Kritik. CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich bemängelte, dass der Vertrag kein Verbot für Lehrerinnen und Polizistinnen enthalte, ein Kopftuch zu tragen. „Wir lehnen das Tragen derartiger religiöser Symbole bei diesen Berufsgruppen ab, weil wir die staatliche Neutralität für unverzichtbar halten“, sagte der CDU-Politiker, der das Bekenntnis zu Respekt und Toleranz in den Verträgen hingegen lobte. Deutlicher distanzierte sich die FDP von dem Vertragsentwurf. „Längst sind Lebensumstände der Hamburger muslimischen Glaubens und deren Verhältnis zu Stadt und Staat geregelt“, wird die stellvertretende FDP-Fraktionschefin Anna von Treuenfels zitiert. Ein Staatsvertrag sei daher unnötig, „erst recht, weil seine Veränderung oder Kündigung kaum möglich ist“.

Quelle: <http://www.kath.net/detail.php?id=37750>